



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 24

17.07.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
ZUR DEBATTE ÜBER DIE LANDTAGSSANIERUNG	4
VERÖFFENTLICHUNG DER NEBENEINKÜNFTEN STÄRKT DEMOKRATIE	4
LANDESTARIFTREUEGESETZ NUTZT BESCHÄFTIGTEN UND UNTERNEHMEN	5
GRIECHENLAND-EINIGUNG LÄSST ENDLICH HOFFEN	5
KOMMUNALE GEBIETSREFORM IN RHEINLAND-PFALZ AUF GUTEM WEG	6
PRÄVENTIONS-WORKSHOP DER SPD-FRAKTION GEGEN RECHTSEXTREMISMUS	7



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Politikerinnen und Politiker tragen wir in besonderer Weise Verantwortung dafür, wie die Themen Flucht und Migration in der Bevölkerung wahrgenommen werden. Zu begrüßen ist deshalb der Aufruf von Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmern in Rheinland-Pfalz zu einem sensiblen Umgang mit dem Flüchtlingsthema im Landtagswahlkampf 2016. Ich bin der Meinung, dass die Themen Flucht und Migration auf keinen Fall für wahlkampfaktische Zwecke missbraucht werden dürfen. Gemeinsam sind alle demokratischen Parteien aufgefordert, Bürgerinnen und Bürgern durch eine humane und konstruktive Flüchtlingspolitik mögliche Ängste im Zusammenhang mit den aktuellen Herausforderungen zu nehmen und für ein offenes und tolerantes Rheinland-Pfalz zu werben.

Gefreut habe ich mich in dieser Woche deshalb auch über die kreative Reaktion der Netzgemeinde auf die Kampagne gegen Asylbewerber der aus Rheinland-Pfalz stammenden rechtsextremen Partei ‚Der Dritte Weg‘ mithilfe einer Google-Maps-Karte, auf der deutschlandweit alle Asylbewerberheime verzeichnet wurden. Die ursprünglich gegen Flüchtlinge hetzende Karte wurde von einem Nutzer kurzerhand so verändert, dass sie nun zur Hilfe für Flüchtlinge aufruft – mit großem medialem Erfolg.

Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Land, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger Hand in Hand in beeindruckender Weise bewältigen. Die enorme Resonanz der Flüchtlingskonferenz unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer an diesem Freitag mit über 400 haupt- und ehrenamtlich Engagierten hat die große Solidarität mit Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz noch einmal unterstrichen.

Das heute vorgestellte zweite Maßnahmenpaket der Landesregierung sieht nun vor, dass die Erstaufnahmekapazitäten des Landes weiterhin ausgebaut, die Rückführungspolitik intensiviert und die Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen weiter entlastet werden. Asylsuchende sollen nun länger in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfAs) verbleiben, die Verfahrensdauern soll jedoch deutlich verkürzt werden. Das hilft sowohl den Asylbegehrenden als auch den Kommunen, denn

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Asylsuchende, die keine Anerkennung bekommen, werden gar nicht mehr in die Kommunen verteilt. Darüber hinaus intensiviert die Landesregierung die Rückführungspolitik, die auf freiwillige Ausreise anstelle von Zwangsmaßnahmen setzt.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Alexander Schweitzer".

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Zur Debatte über die Landtagssanierung

Unser Landtagspräsident Joachim Mertes hat am Mittwoch die drei Landtagsfraktionen darüber informiert, dass den Berechnungen der Architekten und des Landesbetriebs LBB zufolge die Kosten zur Sanierung des Landtags deutlich über den bisherigen Planungen liegen. Mertes hat angekündigt, alle Kostenpositionen sehr sorgfältig zu überprüfen.

Für *unseren Parlamentarischen Geschäftsführer Carsten Pörksen* steht fest: „Die Sanierung des Landtags ist dringend geboten und bleibt eine Notwendigkeit. Überdies sollte das rheinland-pfälzische Landesparlament in angemessenen Räumen untergebracht sein, die den vielfältigen Aufgaben gerecht werden: Der Landtag muss für die Plenardebatten und Ausschusssitzungen geeignet sein, sowie den Mitarbeitern ein vernünftiges Arbeitsumfeld bieten. Er benötigt eine zeitgemäße Medienausstattung, muss barrierefrei sein, die ökologischen und ökonomischen Anforderungen an ein nachhaltiges Energiekonzept erfüllen und besonderen Sicherheitsanforderungen wie dem Brandschutz genügen. Jedoch sind die im Raum stehenden Kostensteigerungen zu hinterfragen: Alle geplanten Einzelmaßnahmen der Sanierung müssen einer strengen Kontrolle unterzogen werden.“

Veröffentlichung der Nebeneinkünfte stärkt Demokratie

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz haben ein Recht darauf, so umfassend wie möglich über ihre Abgeordneten informiert zu sein. Dazu gehört auch, zu erfahren, für wen die Parlamentarier nebenberuflich tätig sind und wie viel Geld sie außerhalb ihres Mandats verdienen. Seit Mittwoch ist dies für jeden Bürger öffentlich einsehbar. Auf der Internetpräsenz des rheinland-pfälzischen Landtags sind die Nebeneinkünfte der Abgeordneten erstmals veröffentlicht worden. „Diese Transparenz schafft Bürgernähe und stärkt letztlich die Demokratie. Denn wer das Vertrauen in Politik stärken möchte, muss offen und ehrlich auf die Menschen zugehen“, erklärte *unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen*.

In Rheinland-Pfalz hat die rot-grüne Koalition gegen die Stimmen der CDU-Fraktion die Transparenzregeln verabschiedet. Dabei werden die Einkünfte in Stufen eingeordnet und die jeweilige Stufe veröffentlicht. Die Regelung basiert auf der des Deutschen Bundestages.

Diese wurde allerdings um eine Stufe für Nebeneinkünfte zwischen 500 bis 1.000 Euro ergänzt. Diese zusätzliche Stufe ist notwendig, da die Diäten und Nebenverdienste auf Landesebene in der Regel niedriger liegen als auf Bundesebene. Die neue rheinland-pfälzische Regelung ist damit passgenau auf das Land zugeschnitten.

Landestariftreuegesetz nutzt Beschäftigten und Unternehmen

Öffentliche Aufträge dürfen in Rheinland-Pfalz seit 2011 nur noch an Unternehmen vergeben werden, die gesetzlich festgelegte Sozialstandards einhalten. Das regelt seit dem 1. März 2011 das Landestariftreuegesetz (LTTG), das nun vier Jahre nach Inkrafttreten erstmals evaluiert wurde. *"Das Landestariftreuegesetz hat sich gut vier Jahre nach seinem Inkrafttreten bewährt"*, erklärte unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin **Tanja Machalet** am Dienstag anlässlich der Anhörung zur Gesetzesevaluation. Wie die Anzuhörenden weitgehend einmütig dargelegt haben, ist das Gesetzeswerk auch nach Einführung des bundesweit geltenden Mindestlohns weiterhin erforderlich. Matthias Rohrmann, Geschäftsführer des Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister, wies etwa auf die Bedeutung des Gesetzes für den Personen- und Schienennahverkehr hin. Neben Rheinland-Pfalz gibt es in 13 weiteren Bundesländern Tariftreuregelungen für den ÖPNV. Auch die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen lasse mittlerweile ein Gesetz zur Regelung der Tariftreue erarbeiten, berichteten die Experten.

Fest steht: Das Gesetz hat zu einem höheren Entgelt- und Lohnniveau geführt, insbesondere im Schienen- und Personennahverkehr. In der vorgelegten Evaluation gab fast die Hälfte der Befragten an, dass seit Inkrafttreten des Gesetzes das Lohnniveau in ihren Unternehmen gestiegen ist. *„Das Tariftreuegesetz sorgt für gute Arbeitsbedingungen in Unternehmen und leistet einen Beitrag, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen in Rheinland-Pfalz fair ausgetragen wird. Nun gilt es, die Erkenntnisse aus der Anhörung intensiv zu prüfen“*, sagte **Machalet**.

Griechenland-Einigung lässt endlich hoffen

Nach dramatischen Wochen haben sich die Euro-Staaten und Griechenland auf ein drittes Rettungspaket und auf weitreichende Reformen in Griechenland geeinigt. *„Das Ergebnis ist eindeutig positiv zu bewerten. Es lässt die Hoffnung neu wachsen, dass die Europäische*

Gemeinschaft gemeinsam die Schuldenkrise bewältigen kann. Mittel- und langfristig können so in Europa wichtige Werte wie Solidarität und Eigenverantwortung mit neuem Leben gefüllt werden“, bewertete **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** das Verhandlungsergebnis.

„Auch für Rheinland-Pfalz stimmt die Einigung positiv: Die hiesige Wirtschaft ist wie die kaum eines anderen Bundeslandes auf fremde Absatzmärkte angewiesen. Die Hauptadressaten rheinland-pfälzischer Exporte liegen im Euroraum, darunter in Griechenland. Wenn der dortige Markt wegen eines Euro-Austritts weitgehend zusammenbrechen würde, dann wäre das für Unternehmen in Rheinland-Pfalz eine äußerst schlechte Entwicklung“, machte **Schweitzer** deutlich. Bereits von 2013 auf 2014 sind die Exporte nach Griechenland wegen der Schulden-Krise stark zurückgegangen. Nun stellen sich die Aussichten für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Griechenland und Rheinland-Pfalz wieder etwas besser dar.

Kommunale Gebietsreform in Rheinland-Pfalz auf gutem Weg

Der Verfassungsgerichtshof hat der im Juli 2014 vom Landtag beschlossenen Fusion der Verbandsgemeinden Irrel und Neuerburg zur neuen Verbandsgemeinde Südeifel auch verfassungsrechtlich grünes Licht gegeben. Dazu erklärte unser innenpolitischer Sprecher **Hans Jürgen Noss**: *„Mit der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs hat sich endgültig gezeigt, dass wir uns mit der Kommunalreform auf einem guten Weg befinden.“* Rheinland-Pfalz hat derzeit noch die kleinteiligste Verwaltungsstruktur aller Bundesländer, deshalb soll diese erste Reformstufe zunächst die Ebene unterhalb der Landkreise in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Verbandsgemeinden fit für die Zukunft gemacht werden.

Noss erinnerte daran, dass eine Kommunalreform naturgemäß nie ganz konfliktfrei verlaufe. Bereits in seiner früheren Entscheidung zur Verbandsgemeinde Maikammer hat der Verfassungsgerichtshof die Grundsätze der Landesregierung vollumfänglich bestätigt, beanstandet wurde lediglich das konkrete Einzelfallgesetz. Maikammer kann deshalb als Einzelfall angesehen werden. *„Der Fall von Irrel und Neuerburg bestätigt nun grundsätzlich unsere Kommunalreform und zeigt, dass der von der Landesregierung eingeschlagene Weg richtig ist“,* so **Noss**.

Unser örtlicher Abgeordneter **Nico Steinbach** aus dem Eifelkreis Bitburg-Prüm, dem auch die neue Verbandsgemeinde Südeifel angehört, ergänzte: *„Das Urteil ist ein wichtiges Signal für die Eifel-Region. Für die Zukunft der Region ist es vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen*

und demografischen Herausforderungen entscheidend, dass die Verwaltungsstrukturen auch zukünftig effizient und kompetent arbeiten können. Die Fusion von Irrel und Neuerburg war deshalb von Anfang an die richtige Entscheidung. Die Region kann heute froh darüber sein, dass der Verfassungsgerichtshof die Haltung der Landesregierung teilt. Schade ist nur, dass man die enormen Chancen einer freiwilligen Fusion und damit einer erheblichen finanziellen Förderung durch das Land nicht genutzt hat.“

Präventions-Workshop der SPD-Fraktion gegen Rechtsextremismus

Mit „Alltagsphänomenen des Rechtsextremismus“ haben sich rund 90 Zehnt- und Elftklässler aus Rheinland-Pfalz bei einem Workshop der SPD-Landtagsfraktion am vergangenen Freitag beschäftigt. *„Rechtsextremismus äußert sich meist nicht mehr - wie vor einigen Jahren - durch offensichtliche Nazis, welche in der Öffentlichkeit aufschlagen“, sagte unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer* in einem Grußwort bei der Veranstaltung im Abgeordnetenhaus. *„Mittlerweile werden oft Symbole und Codes verwendet, die nicht mehr als Nazi-Embleme erkannt werden. Es ist wichtig, dass Jugendliche in der Lage sind, diese zu erkennen.“* Mit dem Präventions-Workshop will die SPD-Landtagsfraktion dazu einen Beitrag leisten.

Schweitzer berichtete, dass er Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre selbst parteipolitisch aktiv wurde, da ihn Ressentiments und Hetze gegen Flüchtlinge beschäftigt haben. *„Ich wollte mich damals engagieren gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen die Ablehnung von Flüchtlingen. Inzwischen kommen auch wieder viele Asylbegehrende nach Deutschland. Heute ist die Unterstützung für sie viel größer. Dass aber Rechtsextreme seit einigen Monaten wieder verstärkt versuchen, Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen, muss verhindert werden.“*

Unser Sprecher für Rechtsextremismus-Bekämpfung, *Michael Hüttner*, ergänzte: *„Als rot-grüne Landesregierung und als SPD-Fraktion setzen wir bewusst auf Prävention und auf das Gespräch mit Schülerinnen und Schülern. Ziel ist es, dass junge Menschen die rechtsextreme Propaganda und die Denkmuster im Alltag durchschauen und jungen Rechtsextremen gut gewappnet entgegentreten. Denn unter Gleichaltrigen werden Gegenargumente oft am ehesten wahrgenommen.“*

Der Workshop der Fraktion fand in diesem Jahr zum vierten Mal statt; diesmal nahmen Schülerinnen und Schüler des Sebastian-Münster-Gymnasiums (Ingelheim), des Stefan-George-Gymnasiums (Bingen) und der Georg-Förster-Gesamtschule (Wörrstadt) teil.

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Zunächst hielten Staatssekretär Randolf Stich vom Innenministerium und ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter Kurzreferate. Anschließend beschäftigten sich die Jugendlichen in Kleingruppen mit rechtsextremen Symbolen und Codes, mit rechtsextremer Musik und mit Nazis im Social Web.